



„Warum sind wir dann Schuldenkaiser?“

Wiens Finanzstadträtin **Renate Brauner** fehlt in der Berichterstattung über die Rekordverschuldung Wiens der Vergleich. Bei der Mindestsicherung erwartet sie heuer keine Nachdotierung.

INTERVIEW: Oona Kroisleitner, David Krutzler

STANDARD: Die Stadt Wien rechnet laut Rechnungshof mit einem Anstieg der Kosten für die Mindestsicherung auf 1,6 Mrd. Euro bis 2021. Galoppieren die Schulden davon?
Brauner: Nein, denn für das gesamte Ressort Gesundheit und Soziales rechnen wir in unserer mittelfristigen Finanzplanung mit einem Anstieg von rund 4,55 Milliarden auf 4,68 Milliarden Euro. Die kolportierte Zahl war eine Hochrechnung am Höhepunkt der Flüchtlingskrise und ist nicht mehr aktuell.

STANDARD: Wie viel wird Wien für die Mindestsicherung 2021 ausgeben?
Brauner: Das ist heute noch nicht seriös zu beantworten. Es wird davon abhängen, wie gut es gelingt, Menschen durch Qualifikation Chancen am Arbeitsmarkt zu geben. Nachdem es leider zu keiner bundesweiten Lösung für die Mindestsicherung gekommen ist, wird es für Wien ein eigenständiges Modell, etwa mit mehr Sachleistungen, geben. Daran arbeiten wir gerade mit dem Koalitionspartner.

STANDARD: Das Budget für die Mindestsicherung musste im Vorjahr um 130 Millionen Euro auf 664 Millionen aufgestockt werden. Reichen heuer 700 Millionen?
Brauner: Nachdotierung wird keine befürchtet – sofern die Situation so bleibt, wie sie jetzt ist. 2016 war ein Ausnahmejahr.

STANDARD: Sie haben einen Finanzplan vorgelegt, wonach Wien 2020 eine Nullneverschuldung plant. Ist das mittlerweile wieder obsolet?
Brauner: Nein, diesen Plan hat der Gemeinderat erst im Dezember beschlossen, und er gilt.

STANDARD: Sie haben einen Finanzplan vorgelegt, wonach Wien 2020 eine Nullneverschuldung plant. Ist das mittlerweile wieder obsolet?
Brauner: Nein, diesen Plan hat der Gemeinderat erst im Dezember beschlossen, und er gilt.

STANDARD: Wien hat rund sechs Milliarden Euro Schulden. Sehen Sie da kein Problem?
Brauner: Mir fehlt in der Berichterstattung der Vergleich, daher die Gegenfrage: Wien befindet sich bei der Verschuldung noch immer in der unteren Hälfte der Bundesländer. 2016 hatten wir eine Verschuldung von gerade einmal 0,59 Prozent der Wiener Wirtschaftsleistung, der Bund hatte 1,87 Prozent. Warum sind wir dann Schuldenkaiser?

STANDARD: Seit 2007 hat sich der Schuldenstand Wiens vervierfacht.
Brauner: Das, was wir in Wien getan haben, ist eine bewusste politische Entscheidung gewesen. Wir brauchen in Zeiten von Wirtschaftskrise, steigender Arbeitslosigkeit und wachsender Stadtinfrastruktur: U-Bahnen, Schulen, Wohnungen, Kindergärten, Straßen und so weiter. Wir bekennen uns dazu, dass wir Fremdmittel aufnehmen, um zu investieren. Gleichzeitig wollen wir die Neuverschuldung reduzieren.

STANDARD: Investitionen werden aber weiterhin benötigt werden.
Brauner: Wir wollen in der Struktur sparsamer werden, um für Investitionen das Geld zu haben. Ich will, dass die EU die Maastricht-Kriterien für Zukunftsinvestitionen lockert.

STANDARD: Investitionen werden aber weiterhin benötigt werden.
Brauner: Wir wollen in der Struktur sparsamer werden, um für Investitionen das Geld zu haben. Ich will, dass die EU die Maastricht-Kriterien für Zukunftsinvestitionen lockert.

STANDARD: Wien hat eine Verwaltungsreform angekündigt, 2017 sollen 100 Millionen Euro eingespart werden. Wird das erreicht?
Brauner: Ja, das schaffen wir durch Entbürokratisierung und Aufgabenoptimierung. Das ist aber nur ein erster Schritt.

STANDARD: Muss angesichts steigender Ausgaben nicht noch viel mehr eingespart werden?
Brauner: Bei ‚Wien neu denken‘ geht es jetzt um die großen Fragen und darum, wie wir Wiens Strukturen für 2030 aufstellen wollen. Hier gibt es noch vor dem Sommer erste Ergebnisse.

STANDARD: Wien hatte mit Jänner 2017 rund 140.000 Arbeitslose. Es gibt auch eine Rekordbeschäftigung. Wie wird der Arbeitslosigkeit entgegengesteuert?
Brauner: Seit ein paar Monaten sinkt die Arbeitslosenquote glücklicherweise. Die Beschäftigung wächst, aber die Arbeitslosigkeit sinkt nicht. Das liegt daran, dass Wien wächst, Frauen schneller in ihre Jobs zurückkehren und wir täglich 280.000 Pendler haben. Mehr als die Hälfte derer, die in Wien arbeitslos sind, haben keinen höheren Abschluss als die Pflichtschule. Das Nachholen des Lehrabschlusses wird jetzt von uns über den Bildungsscheck finanziert. Bei den Jungen geht die

STANDARD: Wien hatte mit Jänner 2017 rund 140.000 Arbeitslose. Es gibt auch eine Rekordbeschäftigung. Wie wird der Arbeitslosigkeit entgegengesteuert?
Brauner: Seit ein paar Monaten sinkt die Arbeitslosenquote glücklicherweise. Die Beschäftigung wächst, aber die Arbeitslosigkeit sinkt nicht. Das liegt daran, dass Wien wächst, Frauen schneller in ihre Jobs zurückkehren und wir täglich 280.000 Pendler haben. Mehr als die Hälfte derer, die in Wien arbeitslos sind, haben keinen höheren Abschluss als die Pflichtschule. Das Nachholen des Lehrabschlusses wird jetzt von uns über den Bildungsscheck finanziert. Bei den Jungen geht die

Arbeitslosigkeit nominell zurück. Unsere Sorgenkinder sind die älteren Langzeitarbeitslosen.

STANDARD: Wo setzt Wien bei dieser Gruppe an?
Brauner: Diese Zielgruppe ist sehr schwer zu erreichen. Vergangenes Jahr haben wir ein Pilotprojekt gestartet, bei dem wir von Tür zu Tür gehen und direkt in den Gemeindebauten beraten – in Gemeinschaftsräumen oder Waschküchen. Heuer wird das in das reguläre Programm genommen.

STANDARD: Der Flughafenmanager von Schwechat sagt, bis zu 30.000 neue Jobs würden von der dritten Piste, deren Bau das Gericht gestoppt hat, abhängen. Wie gehen Sie mit dieser Entscheidung um?
Brauner: Es macht mir große Sorgen. Ich habe völliges Unverständnis für das Urteil. Eine gute Entwicklung des Flughafens ist für Wien von großer Bedeutung. Wir prüfen gerade, welche Schritte möglich sind, und unterstützen

STANDARD: Der Flughafenmanager von Schwechat sagt, bis zu 30.000 neue Jobs würden von der dritten Piste, deren Bau das Gericht gestoppt hat, abhängen. Wie gehen Sie mit dieser Entscheidung um?
Brauner: Es macht mir große Sorgen. Ich habe völliges Unverständnis für das Urteil. Eine gute Entwicklung des Flughafens ist für Wien von großer Bedeutung. Wir prüfen gerade, welche Schritte möglich sind, und unterstützen

den Flughafen bei all seinen rechtlichen Möglichkeiten.

STANDARD: In Wiens SPÖ kriselt es. Auch Ihnen wurde von Parteikollegen der Rücktritt nahegelegt. Wie gehen Sie mit der Kritik um?
Brauner: Personaldiskussionen in der Öffentlichkeit halte ich für kontraproduktiv. Ich habe auch keine inhaltliche Kritik gehört. Ich finde es nicht richtig, die Diskussionen über soziale Ungerechtigkeiten und unterschiedliche Lebensentwürfe auf Bezirke zu reduzieren. Das hat nichts mit Bezirksgrenzen zu tun, sondern mit mangelnder Umverteilungspolitik.

STANDARD: Bleiben Sie bis zur nächsten Wahl Stadträtin?
Brauner: Ich bleibe, solange ich erfolgreich arbeiten kann. Ich bin gewählt, und mir macht meine Arbeit Spaß.

STANDARD: Bleiben Sie bis zur nächsten Wahl Stadträtin?
Brauner: Ich bleibe, solange ich erfolgreich arbeiten kann. Ich bin gewählt, und mir macht meine Arbeit Spaß.

RENATE BRAUNER (60) ist seit 2007 Stadträtin für Finanzen und Wirtschaft und Tourismusverband-Präsidentin.



Finanzstadträtin Renate Brauner (SPÖ) hält Personaldiskussionen in der Öffentlichkeit für „kontraproduktiv“. Inhaltliche Kritik an ihrer Arbeit habe sie aus der SPÖ noch nicht gehört.

Parteichef mit „Privatmeinung“

Steirische und Grazer Grüne uneins in Sachen Kraftwerk

Colette M. Schmidt

Graz – Kaum ein Thema beschäftigt die Öffentlichkeit in Graz derzeit so intensiv wie der Bau des umstrittenen Murkraftwerks im Süden der Stadt. Ausgerechnet jene Partei, die von Anfang an gegen das Kraftwerk auftrat, scheint nun intern nicht ganz zu harmonisieren, wenn es darum geht, wie man in der Frage weiter vorgehen soll.

Die Grazer Grünen-Chefin, Tina Wirnsberger, bleibt bei ihrer Forderung nach einem Baustopp, die sie auch als „Parteilinie“ bezeichnet. Wirnsberger und die Stadtpartei hatten das Kraftwerk und auch Warnungen von Experten, dass die Baumrodungen und geänderte Fließgeschwindigkeit der Mur das Feinstaubproblem verstärken können, nicht nur im Wahlkampf thematisiert. „Wir prüfen jetzt auch rechtliche Schritte gegen die Betreiber“, so Wirnsberger zum **STANDARD**.

Der Chef der Landespartei, Lambert Schönleitner, hatte hingegen am Wochenende für Aufre-

gung gesorgt, als er in der *Kleinen Zeitung* meinte, man müsse das grundsätzliche Nein zum Kraftwerk überdenken – immerhin werde schon gebaut. Das sei „seine Privatmeinung“, kommentiert das Wirnsberger.

„Es geht mir nicht um die Koalitionsfrage“, sagt Schönleitner dazu dem **STANDARD**. Er wolle „einen runden Tisch, mit allen NGOs, wie ‚Rettet die Mur‘ und dem Naturschutzbund, Bürgermeister Siegfried Nagl (ÖVP) und dem steirischen SPÖ-Chef und Eigentümervertreter Michael Schickhofer für die Energie Steiermark“. Was man da noch besprechen könne? „Zum Beispiel, wie der Speicherkanal finanziert wird“, so Schönleitner. Während des runden Tisches sei er freilich auch für einen Baustopp. Einen generellen Baustopp hält er für unrealistisch, obwohl: „Wenn wir den erreichen könnten, wäre ich der glücklichste Mensch der Welt.“

Mit allen reden will Wirnsberger übrigens auch. „Diese Woche ist Nagl aber gar nicht da“, sagt die künftige Stadträtin.

Fall Alijew: Kritik von deutschem Rechtsmediziner

Bernd Brinkmann will „weitere Widersprüche“ bei Suizidbefund entdeckt haben

Renate Graber

Wien – Der Expertenstreit um die Todesursache von Rachat Alijew geht weiter. Der deutsche Rechtsmediziner Bernd Brinkmann, der von einer Ermordung des früheren kasachischen Botschafters in Österreich ausgeht, hält das gegen-



Mediziner Brinkmann zeigt sich „sehr verwundert“.

Foto: AP / Alastair Grant

teilige Ergebnis des „Ergänzungsgutachtens“ seiner Schweizer Kollegen für die Staatsanwaltschaft Wien für „sehr enttäuschend“. Brinkmann, der für die Witwe Alijews ein Privatgutachten erstellt hatte, geht in einer „Kurz-Stellungnahme“ auf die Ausführungen der St. Galler Mediziner ein und will darin „weitere Widersprüche“ gefunden haben. Das hat er am 17. Februar den Wiener Anwälten der Witwe mitgeteilt.

Wie berichtet blieben die Schweizer bei ihrem ersten Befund (Suizid durch Erhängen), die Staatsanwaltschaft hat daraufhin entschieden, ihre Ermittlungen

nicht wiederaufzunehmen. Brinkmann hatte dagegen Anzeichen für „Burking“ (jemandem wird die Luft genommen, anschließend wird er erhängt oder erdrosselt) gefunden. Die Schweizer hätten zwar in ihrem Ergänzungsgutachten bestimmte Syndrome in Entsprechung zum Burking „als solche“ bestätigt, diesen „zentralen Befund“ aber nicht wiederaufgenommen, was den deutschen Mediziner „sehr verwundert“. Er ortet „einseitige“ Schlussfolgerungen – und empfiehlt die Einholung eines „Obergutachtens“ durch einen „in der Materie wissenschaftlichen und fachlich ausgewiesenen Rechtsmediziner“.

Alijew war vor fast genau zwei Jahren tot in seiner Zelle in der Justizanstalt Wien-Josefstadt gefunden worden; kurz vor Beginn der Hauptverhandlung, in der es um den (von ihm zurückgewiesenen) Vorwurf ging, er habe an der Ermordung zweier Banker

in Kasachstan mitgewirkt. Die Mitangeklagten wurden vom Mordvorwurf freigesprochen.

Den Verantwortlichen unterliefern nach Auffinden der Leiche etliche Fehler. So wurde die Auffindungsposition verändert und nicht fotografiert, der Anstaltspfarrer versprühte Weihwasser und drückte Alijew einen Rosenkranz in die Hände, hohe Justizbeamte wurden erst von den Anwälten über den Tod Alijews informiert. Die Wiener Mediziner, die Alijew obduzierten, fanden und erwähnten einen Brustbeinbruch nicht und untersuchten nicht alle Körperpartien, wie die Schweizer Rechtsmediziner in ihrem ersten Gutachten bedauerten.

Die St. Galler waren von der Staatsanwaltschaft sozusagen aus Objektivitätsgründen zu Rate gezogen worden. Sie kamen in ihrem ersten Gutachten zur Ansicht, dass der von ihnen diagnostizierte Bruch des Brustbeins „postmortal“ entstanden ist – diese Ansicht haben sie anlässlich des Ergänzungsgutachtens noch einmal bestätigt.